

Nein, am Zaun gerüttelt hat keiner von ihnen. Sagen sie zumindest, die jungen Bundestagsabgeordneten, die schon im frühesten Erwachsenenalter ihr Hobby zum Beruf gemacht haben. Keiner hat eine Legende zu erzählen wie Gerhard Schröder, der viele Jahre vor der Kanzlerschaft schon gerufen hat: „Ich will hier rein.“ Vielleicht kann man das heutzutage auch nicht mehr so schildern; Demut vor dem Wähler und den Parteimitgliedern ist gefragt. Als eine Kette von Zufällen stellen sie ihre Berufstätigkeit dar, da unterscheidet sich Dorothee Bär (CSU) nicht von Johannes Vogel (FDP) oder Jens Spahn (CDU). Auch die ehemaligen Abgeordneten wie Niels Annen (SPD) oder Anna Lührmann (Grüne) erzählen die Geschichte vom Hobby, das durch eine Fügung zum Beruf wurde.

Für saubere Bäche und mehr Windräder hat sich Dorothee Bär als Jugendliche eingesetzt. Als Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern wurde sie CDU-Vorstandsmitglied. Mit 23 Jahren fragte Edmund Stoiber sie, ob sie für einen attraktiven Listenplatz bei der Bundestagswahl zur Verfügung stehe. Kneifen wollte sie nicht, denn immer nur zu kritisieren, im Parlament saßen überwiegend alte Männer, und dann bei Gelegenheit nicht zuzugreifen, das behagte ihr nicht. „Als ich das erste Mal unter dem Adler eine Rede gehalten habe, war das ein Riesenspektakel“, sagt Bär, die inzwischen seit elf Jahren im Bundestag sitzt.

Wie ihre jungen Kollegen schätzt sie die Gestaltungsmöglichkeiten als Berufspolitikerin. Eine Sache als richtig zu erkennen und dann argumentativ dafür zu kämpfen, das geben sie alle als Motivation an. „Schon im Ehrenamt habe ich nie die Frustrationserfahrung gemacht, das bringt doch alles nichts“, sagt Johannes Vogel, der als Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen 2009 für die FDP in den Bundestag einzog. Parteintern konnte er mit anderen eine Neupositionierung zum Großen Lausangriff erreichen. Auch den Einsatz gegen die Vorratsdatenspeicherung und Internetsperren schreibt er sich auf die Fahnen. Selten erreiche man in der Politik etwas alleine, das Engagement von Einzelnen aber könne den Unterschied ausmachen, sagt Vogel.

„Wer in die Politik gehen will, soll einen Beruf gelernt und ausgeübt haben, in den er jederzeit zurückkehren kann, denn nur so kann er sich seine Unabhängigkeit bewahren.“ Diese Forderung stellte Altkanzler Helmut Schmidt in einem seiner Bücher auf. Die Kaste der jungen Berufspolitiker ist auch in der Bevölkerung nicht unumstritten. Sie hätten ihre Karriere am Reißbrett entworfen, lautet einer der Vorwürfe. Doch planen lassen sich das nicht, erwidern sie. Vor der Bundestagswahl 2002 habe er die Gelegenheit erhalten, weil die Wahlkreise neu geordnet werden mussten, erzählt Jens Spahn, der kurz darauf ins Parlament einzog und inzwischen gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Das war ein glücklicher Umstand, denn er musste nicht gegen einen Amtsinhaber antreten.

Spahn wehrt sich gegen den Vorwurf, einer neuen Generation anzugehören, die zielstrebig ihren Aufstieg angehe. „Kohl, Strauß und Koch haben auch schon früh politisch gearbeitet. Das ist doch keine neue Entwicklung“, sagt er. Das Parlament als Spiegelbild der Gesellschaft verlangt auch nach jungen Mitgliedern, finden einige von ihnen. Zudem solle ein Mandat nicht die Belohnung dafür sein, was man im Leben erreicht habe – stattdessen solle ein Politiker danach bewertet werden, was er im Bundestag, in der steten Arbeit in den Ausschüssen und anderen Gremien leiste, fordert Spahn.

Dabei bringt der Beruf einiges mit, das man in Kauf nehmen muss: Schützenvereine im Wahlkreis feiern am Wochenende ihre Feste, Bürger beobachten genau, was ihr Abgeordneter einkauft. „Ich erhalte mich bei dem Gedanken, ob ich mein Mandat vernachlässige, wenn ich zwei Tage am Stück frei habe“, sagt Spahn. Doch damit endet der Druck nicht. Mancher Bürger schießt mit seiner Kritik über das Ziel hinaus, selbst Morddrohungen müssen Abgeordnete nach umstrittenen Entscheidungen über sich ergehen lassen. Durch das In-

## Jung zur Macht berufen

Wer in frühen Jahren Bundestagsabgeordneter wird, hat schnell den Ruf als Karrierist weg. Dabei entscheiden nicht nur Ehrgeiz und harte Arbeit über den Erfolg als Berufspolitiker.

Von Philipp Krohn



Illustration: Cyran Keschnek

ternet hat sich die Kritikkultur verändert. Die ehemalige Geschäftsführerin der Piratenpartei Marina Weisband hat in ihrem Buch „Wir nennen es Politik“ daraus die Schlussfolgerung gezogen, nur Menschen mit einem „Scheißegal-Gen“ seien für die professionelle Politik geeignet. Um auch interessierten Bürgern die Teilhabe zu ermöglichen, die dem zerstörerischen Druck nicht gewachsen seien, brauche es eine neue Form einer „liquideren Demokratie“.

Als Märtyrerin stilisiere sich die 25 Jahre alte Autorin, kritisieren einige der jungen Abgeordneten. „Ein Politiker muss auch etwas aushalten können, schließlich muss er auch in Krisensituationen besonnen reagieren“, sagt Anna

Lührmann, die mit 19 Jahren als jüngste Abgeordnete der Geschichte in den Bundestag gewählt wurde und heute mit ihrer Tochter als Promovendin der Politikwissenschaft in Berlin lebt. „Wenn ich aufhöre, weil es zu rauh ist, wäre es eine Kapitulation vor denen, denen ich die Politik nicht überlassen will“, sagt Johannes Vogel, der sich als Juli-Vorsitzender wegen seiner sozialliberalen Haltung als gelackierter Juno beschimpfen lassen musste. Politiker, die Einzel- über Gemeinwohlinteressen stellten und die Lust am Machterhalt als Selbstzweck auslebten, übernahmen dann das Feld.

Dass die Investition in die politische Karriere auch sprichwörtlich schnell ho-

hen Abschreibungsbedarf erzeugen kann, hat Niels Annen erlebt. „Ein Politiker ist wie der Bundestrainer: 80 Millionen Menschen glauben, sie können es auch. Doch dann stellt man schnell fest, man muss erst mal sein Handwerk lernen“, sagt der ehemalige SPD-Abgeordnete. Jahrelang hat er sich diese Fähigkeiten angeeignet. 2008 wurde er dann durch das Manöver eines jüngeren Parteifreundes, das viele Sozialdemokraten hinterlistig nannten, um eine weitere Direktkandidatur in Hamburg-Eimsbüttel gebracht. Am Ende gewann eine CDU-Kandidatin. „Jeder, der sich mit dem Gedanken trägt, braucht Demut. Denn ohne die Partei und die Wähler geht es nicht“, sagt



**Berufspolitiker aus Überzeugung**  
(von oben): Dorothee Bär (CSU), Niels Annen (SPD), Johannes Vogel (FDP), Anna Lührmann (Grüne) und Jens Spahn (CDU)

Annen heute. Seine Auszeit hat er für einen längeren Amerika-Aufenthalt genutzt. Er veröffentlichte in dieser Zeit Studien zu internationaler Politik.

Auch Dorothee Bär war nach dem schwachen Wahlergebnis ihrer Partei 2005 für einen Monat ihr Mandat los. Erst als sich Edmund Stoiber und Günther Beckstein entschieden, doch in Bayern zu bleiben, rückte sie wieder nach. Drei Tage habe sie gebraucht, den verpassten Wiedereinzug zu verdauen. „Das hat mir nicht den Boden unter den Füßen entzogen“, sagt sie. Denn bald öffneten sich neue Türen, Vorstellungsgespräche, um die sie nicht gebeten hatte, wurden ihr angeboten.

Es sei notwendig, einen Plan B zu haben, sagt Johannes Vogel. Denn für alle jungen Abgeordneten ist ein Thema, wie sie sich nicht finanziell von ihrem Mandat abhängig machen, das ihnen immerhin eine monatliche einkommensteuerpflichtige Aufwandsentschädigung von 8252 Euro einbringt. Seit 2008 erhalten sie im Rentenalter für jedes Jahr im Bundestag 2,5 Prozent und maximal 67,5 Prozent dieser Entschädigung – ohne Wartezeit. Anna Lührmann hat sich entschieden, höchstens zwei Legislaturperioden im Bundestag zu bleiben. „Ich wäre sonst davon abhängig geworden, immer wieder aufgestellt zu werden“, sagt sie. Unter dem Eindruck des öffentlichen Drucks, aber auch aus Parteiräson trauten sich viele Politiker nicht, an umstrittenen Positionen festzuhalten. Eines Tages zurückzukehren, das schließt sie nicht aus – wegen der Gestaltungsmöglichkeiten. Auch Niels Annen zieht es zurück ins Zentrum des Geschehens: „Ich habe den Ehrgeiz, das Mandat für meine Partei zurückzugewinnen“, sagt er. Ende September wird er wissen, ob er wieder Berufspolitiker sein darf.

### MEIN URTEIL



#### Muss ich nach einem Unfall mit dem Dienstwagen zahlen?

Arbeitnehmer werden in Dienstwagenunfällen häufig verpflichtet, im Fall eines Unfalls den Selbstbehalt zu tragen, den der Arbeitgeber mit dem Versicherungsunternehmen vereinbart hat. Viele Unternehmen ziehen den entsprechenden Betrag sogar einfach von der Gehaltsabrechnung ab, ohne die Mitarbeiter zu fragen. Das ist jedoch nicht immer rechtens, wie jetzt das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden (Az.: 8 AZR 432/11). Nach seiner Auffassung ist es zumindest unzulässig, wenn Arbeitgeber den Selbstbehalt der Haftpflichtversicherung auf ihre Arbeitnehmer abwälzen.

Seit einigen Jahren besteht für Fahrzeughalter die Möglichkeit, nicht nur in der Teil- oder Vollkasko, sondern auch in der Haftpflichtversicherung für den Schadensfall einen Selbstbehalt zu vereinbaren. Davon machen immer mehr Arbeitgeber bei ihrer Dienstwagenflotte Gebrauch. Auf eine entsprechende Gesetzesänderung aus dem Jahr 2008 stützt das BAG nun seine aktuelle Entscheidung. Im Streitfall hatte ein Arbeitgeber mit einem Berufskraftfahrer vereinbart, dass dieser bei Unfällen bis zur Höhe des Selbsthalts in der Haftpflichtversicherung haften solle. Als der Fahrer auf einer Dienstfahrt einen anderen Verkehrsteilnehmer schädigte, berief sich das Unternehmen auf die Vereinbarung und verklagte seinen Mitarbeiter auf Zahlung der Eigenbeteiligung. Zu Unrecht, befand das BAG. Die vereinbarte Vertragsklausel verstößt nach seiner Meinung gegen allgemeine Grundsätze des Versicherungsrechts und benachteiligt den Arbeitnehmer unangemessen. Das gilt unabhängig davon, mit welchem Verschulden der Mitarbeiter den Unfall verursacht hat. Es kommt auch nicht auf die Höhe der vereinbarten Eigenbeteiligung an.

Das Ergebnis folgt nach Meinung der Richter aus dem besonderen Zweck der versicherungsrechtlichen Vorschriften. Darin ist ausdrücklich vorgesehen, dass der Fahrzeughalter einen in der Haftpflichtversicherung vereinbarten Selbstbehalt anderen Personen „nicht entgegenhalten“ darf. Damit soll verhindert werden, dass der Halter zu Lasten Dritter eine Kostenersparnis durch einen günstigen Versicherungstarif erzielt. Das gilt nach Auffassung des BAG auch in Arbeitsverhältnissen, wo grundsätzlich der Arbeitgeber als Fahrzeughalter anzusehen ist. Dieser habe für eine angemessene Kfz-Haftpflicht seiner Dienstwagen einzustehen und dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer aus einem Verkehrsunfall möglichst nicht persönlich in Anspruch genommen werden. Aus „Billigkeitsgründen“ sei es daher nicht zulässig, einen vereinbarten Selbstbehalt auf die Mitarbeiter des Unternehmens abzuwälzen, entschieden die Erfurter Bundesrichter.

Ob dieses Ergebnis auch für Selbstbehalt in der Teil- oder Vollkasko gilt, lässt das Gericht ausdrücklich offen. Bei einem solchen Versicherungsfall wird nicht eine betriebsfremde Person, sondern der Arbeitgeber selbst beziehungsweise dessen Fahrzeug geschädigt. Dieser Umstand rechtfertigt es, den Arbeitnehmer zumindest proportional zu seinem Verschulden an den Kosten eines Selbsthalts zu beteiligen.

Marcel Grobys ist Inhaber einer Kanzlei für Arbeitsrecht in München.

Jedes Jahr im März wird abgerechnet. Dann wird nicht nur bekanntgegeben, wie viel Geld die Vorstände im abgelaufenen Geschäftsjahr verdient haben. Auch die Belegschaft kann sich in aller Regel über einen Bonus freuen – mal mehr, mal weniger.

### Spitzenreiter: 8111 Euro

Hohe Renditen ist man beim Autohersteller Porsche gewohnt, hohe Boni ebenso. Dieses Jahr meint es das Unternehmen mit seinen Mitarbeitern besonders gut: Vom Koch bis zum Ingenieur erhält jeder mit dem April-Gehalt einen Bonus von 8111 Euro. „Turbo-intergalaktisch“ nennt das der Betriebsratsvorsitzende. Die Zahl hat mit der Geschichte zu tun. Der 911er-Sportwagen feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag. Deshalb gibt es 911 Euro auf einen Sockelbonus von 7200 Euro.

## Bonus für alle

Besonders Autohersteller belohnen ihre Mitarbeiter mit hohen vierstelligen Summen für das gute Geschäftsjahr 2012

### 3200-8030 Euro

Traditionell gut zahlt auch der Autohersteller Audi. In diesem Jahr werden die Mitarbeiter mit einer vierstelligen Summe am Rekordgeschäftsergebnis beteiligt: Die Tochtergesellschaft von Volkswagen gewährt den Tarifmitarbeitern eine Gewinnbeteiligung von im Schnitt 8030 Euro. Beim BMW-Konzern liefen die Geschäfte prächtig. Das Unternehmen bedankt sich bei seinen Mitarbeitern mit einem Bonus in der Höhe von zweieinhalb Monatsgehältern. Dies entspricht bei einem Facharbeiter durchschnittlich 7630 Euro. Einbußen gibt es dagegen für die Volkswagen-Beschäftigten. Der Wolfsburger Autohersteller zahlt seinen 100 000 Tarifmitarbeitern in den westdeutschen Werken für 2012 einen Erfolgsbonus von jeweils 7200 Euro. Im Vergleich zu den an-

deren Autoherstellern fällt Daimler mit seinem Bonus deutlich zurück. Der Stuttgarter Autohersteller zahlt jedem Mitarbeiter 3200 Euro, 900 Euro weniger als im Vorjahr. Grund: Die geplanten Ergebnisse wurden nicht erreicht. Schon vereinbart wurde für die nächsten zwei Jahre eine Deckelung der Bonuszahlungen bei 6250 Euro – selbst bei Rekordgewinnen.

### Hochprozentiges

Den Henkel-Beschäftigten wird für 2012 erstmals zu den Sonderzahlungen zusätzlich ein an den Finanzziele 2008 bis 2012 orientierter Sonderbonus ausgeschüttet. Der Düsseldorfer Waschmittelkonzern koppelt den Bonus an mehrere Erfolgskriterien. Die größte Mehrheit der Henkel-Mitarbeiter kann sich an gegenüber dem Vorjahr verdoppelte Sonderzahlungen erfreuen. Für die Tarifmitarbeiter des MAN-

Konzerns hat sich die verschlechterte Geschäftslage in geringeren Ergebnisbeteiligungen niedergeschlagen. Im Münchner IndustrieKonzern wird ein einmaliger prozentualer Aufschlag auf das Bruttogehalt gezahlt. Am härtesten hat es die Tarifbeschäftigten der Holdinggesellschaft getroffen, die knapp 30 Prozent statt noch 87 Prozent im Vorjahr erhielten die der Nutzfahrzeugsparte ebenfalls rund 30 statt zuvor 57 Prozent. Der Bayer-Konzern, der das bereinigte Ergebnis je Aktie um fast 11 Prozent verbesserte, wird an seine Beschäftigten 700 Millionen Euro auszahlen. Dabei kommen im Tarifbereich zwischen 120 und 160 Prozent eines tariflichen Monatsgehälts zusammen.

### 1000 Euro und drunter

Im Kreis der Autozulieferer fallen die Summen deutlich geringer aus als bei den Her-

stellern. Freuen können sich die Mitarbeiter von Continental, dort sind die Boni gestiegen. In Deutschland erhält jeder Beschäftigte 900 Euro. In dieser Größenordnung dürfte sich auch die Erfolgsbeteiligung bewegen, die ZF Friedrichshafen an rund 40 000 Beschäftigte im Inland zahlt. Ergänzt um eine Dienstaltersprämie, können sie allerdings auch vierstellige Werte erreichen. Anders sieht die Lage bei Robert Bosch aus. Der größte deutsche Autozulieferer hat nach einem deutlichen Gewinnrückgang im vergangenen Jahr die Erfolgsbeteiligung gekürzt. Mit dem April-Gehalt gibt es im Durchschnitt nicht einmal ein Fünftel eines Monatsgehälts. Der Sportartikelhersteller Adidas dagegen weiß seine Zusatzleistung wenigstens ordentlich zu vermarkten: Für die 5100 Mitarbeiter gibt es einen „Champions Bonus“ von 1000 Euro. F.A.Z.